

| Beschlussvorlage | | |
|-------------------------|--|--|
| öffentlich | | |
| | | |

| Einreicher | Erstellt am: | Vorlage-Nr. |
|-------------------|---------------------|--------------------|
| Frau Gohlke | 26.08.2025 | 09/25/25 |

| Beratungsfolge | Sitzungstermin | TOP-Nr. |
|-----------------------------|-----------------------|----------------|
| Stadtverordnetenversammlung | 18.09.2025 | 11. |

Betreff:

Beratung und Beschlussfassung zum Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes und Flächennutzungsplanes der Stadt Putlitz

Sachverhalt:

Bis zum Jahr 2030 sollen mindestens 80 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht das Erneuerbare Energien Gesetz 2023 vor, dass die Kapazität von Solaranlagen von derzeit ca. 90 GWp auf 215 GWp erhöht werden soll. Mindestens die Hälfte der Kapazitäten soll dabei durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen beigesteuert werden.

Brandenburg beabsichtigt, den Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2045 möglichst zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken. Ein wesentlicher Baustein der Energie- und Wärmewende ist die Solarenergie.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans sowie die Aufstellung der Änderung des Flächennutzungsplans leistet die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Putlitz in dem ihr möglichen Rahmen einen Beitrag, den Anteil erneuerbarer Energieträger am Primärenergieverbrauch zu erhöhen und damit im Interesse des Klima- und Umweltschutzes den Verbrauch fossiler Energieressourcen sowie energiebedingter CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Gleichzeitig werden durch die geplante Freiflächen-PV-Anlage die regionalen Unternehmen mit günstigem Strom versorgt. Der Bezug kostengünstiger Energie ist für die heimische Wirtschaft von essentieller Bedeutung. Aus diesem Grund soll das geplante Projekt auch einen Beitrag zum Erhalt des Wirtschaftsstandorts Putlitz leisten.

Erfordernis der Durchführung eines kommunalen Bauleitplanverfahrens

Die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen im Außenbereich erfordert grundsätzlich die Durchführung einer kommunalen Bauleitplanung nach §§ 29 ff. BauGB. Hierauf kann nur dann verzichtet werden, wenn sich das gesamte Vorhaben im Bereich der Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB (200m Streifen längs von Autobahnen und Schienenwegen) befindet. Dies ist vorliegend jedoch nicht der Fall.

Zur Durchführung der Bauleitplanung ist eine Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich. Diesem Erfordernis soll mit dem vorstehenden

Beschluss Rechnung getragen werden.

Die Bauleitplanung beginnt mit der Fassung des vorstehenden Beschlusses. Im Anschluss an die Beschlussfassung wird der Vorhabenträger (auf eigene Kosten) ein Planungsbüro beauftragen, um durch dieses zunächst die Vorentwürfe für die Änderung des Flächennutzungsplans und die Bebauungsplan-Satzung (nebst Begründungen, Gutachten und Berichten, insbesondere Umweltbericht) erstellen zu lassen. Die Vorentwürfe sollen im Rahmen einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB offengelegt und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig beteiligt werden.

Basierend auf den eingegangenen Stellungnahmen werden die Vorentwürfe aktualisiert und als Entwürfe nochmals öffentlich ausgelegt. Erst im Anschluss findet die Beschlussfassung als Satzung statt.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird selbstverständlich auch auf die Belange des Umwelt- und Naturschutzes geachtet. Die Fläche unterhalb der Photovoltaik-Module soll im Sinne einer ökologisch orientierten und artenschutzfördernden Bewirtschaftung gepflegt werden. Dies beinhaltet den Verzicht auf chemisch synthetische Pflanzenschutzmittel und auf Gülle oder andere Düngemittel.

Sämtliche Kosten der Bauleitplanung sind vom Vorhabenträger zu übernehmen. Um die Kostenübernahme entsprechend abzusichern, wird die Verwaltung im Nachgang zur vorstehenden Beschlussfassung einen städtebaulichen Vertrag mit dem Vorhabenträger aufsetzen und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Putlitz bzw. dem Hauptausschuss zur Genehmigung vorlegen.

Leitungs- und Wegerechte würden unabhängig von der Bauleitplanung in entsprechenden Gestattungsverträgen geregelt und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Putlitz vorab gesondert zur Genehmigung vorgelegt.

Vorhabenträger und Errichtung der Anlage

Vorhabenträger ist die Firma ksolar Projekte GmbH aus dem Sauerland (Brilon) (www.ksolar-projektrechte.de). Die ksolar Projekte GmbH ist ein professioneller Projektentwickler für Freiflächen-PV-Anlagen. Das Ziel der ksolar Projekte GmbH besteht darin, den planungsrechtlichen Genehmigungsprozess so effizient wie möglich zu gestalten und die Freiflächen-PV-Projekte von Beginn an strukturiert aufzusetzen. Gesellschafter der ksolar Projekte GmbH sind Rechtsanwalt Norbert Knepper, Dr. Steffen Knepper und Nadine Hohmann, die gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern und Beratern die Energiewende in Deutschland vorantreiben. Der Sitz der ksolar Projekte GmbH ist in Brilon im Sauerland.

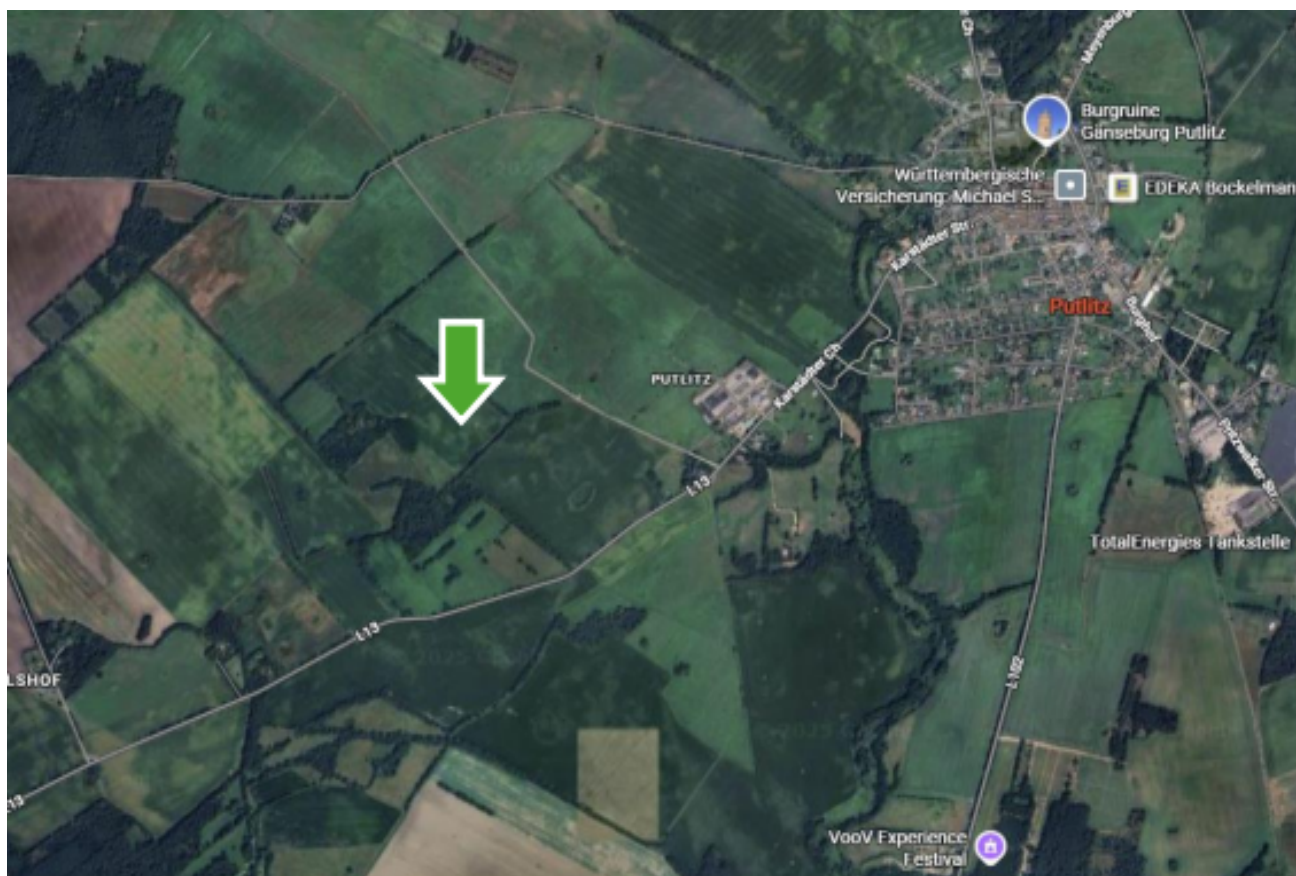
Die Firma ksolar Projekte GmbH hat das Projekt im Rahmen eines Projektsteckbriefs vorgestellt und damit zugleich einen Antrag auf Aufstellung des Bebauungsplans und der Änderung des Flächennutzungsplans gestellt. Zugleich hat die Firma ksolar Projekte GmbH erklärt, dass sie alle Kosten des Planungsverfahrens übernehmen und das Planungsbüro selbst beauftragen wird.

Anlage - Projektflächen:

Gemarkung: Puttlitz

Flur: 8

Flurstück: 38



Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Putlitz beschließt:

1. die Aufstellung des Bebauungsplans „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ auf den im Anhang zu diesem Beschluss dargestellten Flächen (Projektflächen) zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage gemäß § 1 i.V.m. § 2 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie die Aufstellung der Änderung des Flächennutzungsplans im Geltungsbereich des vorstehend bezeichneten Bebauungsplans im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB.
2. die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Putlitz beauftragt die Verwaltung, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB auf Grundlage der Vorentwürfe durchzuführen.

Vorsitzender der SVV

Kämmerer

Amtsleiter

=====

Abstimmungsergebnisse:

Gem. § 22 BbgKVerf war(en) von der Beratung und Entscheidung ausgeschlossen: keiner / _____

(Name/n)

| Gesetzl. Mitgliederzahl | davon anwesend | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|-------------------------|----------------|------------|--------------|--------------|
| 17 | | | | |

Vorsitzender SVV